

Konzernprofite sprudeln wieder + September höchster Absatz in Konzerngeschichte + 6 Mrd Euro Gewinn 2010 anvisiert

Jetzt ran an die Profite!

Mit tausenden von Euro haben wir die letzten zwei Jahre für die Krise gezahlt: Mit **Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht, Nachzahlung an das Finanzamt**. Gleichzeitig hat der Daimler-Konzern die Krise genutzt, um die Arbeit weiter zu **verdichten** und zu **flexibilisieren**. Der letzte Tarifabschluss läuft bis Ende März 2012. Er wurde ohne ausreichende Beteiligung der Mitglieder in der Friedenspflicht zwischen IG Metall-Führung und Arbeitgeberbossen ausgehandelt – nach dem Motto – in der Krise müssen wir alle kürzer treten. Jetzt sprudeln die Gewinne wieder und wir sollen leer ausgehen. Schlimm: Stetig sollen wir nun auf Abruf bereit stehen – heute Sonderschicht, morgen Absageschicht, dann wieder Samstagarbeit ohne Zulagen. Nach dem ganzen Verzicht



muss es jetzt einen Nachschlag geben! Die von IG Metall und DGB angekündigten Aktionswochen gegen Rente mit 67 und

Kopfpauschale im Oktober/November sollten genutzt werden, um einer solchen Forderung Nachdruck zu verleihen.

Wo bleibt der heiße Herbst?

Es ist höchste Zeit, dass wir uns gegen Unternehmerwillkür und den sozialen Kahlschlag durch die Regierung gemeinsam wehren.

Leider ist von den angekündigten gewerkschaftlichen Aktionswochen vom 24.10 bis 13.11. auch auf Nachfrage bei Betriebsratspitze und Vertrauenskörperlei-

tung bisher nichts bekannt. Großdemonstrationen sind für den 13. November in Stuttgart und Dortmund geplant.

Warum nicht hier, in der Hauptstadt? Kollegen der Alternative sind der Meinung: die IG Metall sollte alle Metallbetriebe zeitgleich zu einer Protestkundgebung während der Arbeitszeit mobilisieren.

- **Weg mit der Rente ab 67**
- **Nein zur Kopfpauschale und Zweiklassenmedizin**
- **Für eine Nachschlagforderung zum Ausgleich für die Krisenverluste**
- **Statt Hartz IV Menschenwürdige Existenzsicherung für Arbeitslose**

In der nächsten Ausgabe kommentiert wie gewohnt **Mustafa Efe**

KVP vernichtet Arbeitsplätze

Fast im ganzen Werk sind seit einiger Zeit Teams von MPS unterwegs. Sie kontrollieren und begutachten die verschiedenen Arbeitsplätze und Abteilungen. Ihre Aufgabe: Die Arbeit „effektiver“ gestalten und Prozesse „optimieren“. Was das bedeutet ist klar: Viele Arbeitsplätze geraten in Gefahr. Aus den ersten Abteilungen wurden schon Kollegen abgezogen: ihre Arbeit sollen die übrigen Kollegen mit übernehmen. Durch diese Arbeitsverdichtung schafft die Werksleitung einen massiven Personalüberhang. Es gibt Befürchtungen, dass bis zu 20 % der Arbeitsplätze in der Montage bedroht sind. Leider ist bei den meisten dieser Begehungen kein Betriebsrat anwesend. Noch schlimmer: Im Betriebsrat wurde noch nicht über diesen Angriff auf unsere Arbeitsplätze diskutiert. Die ALTERNATIVE im Betriebsrat



Dem KVP der Bosse unser KVP entgegenstellen

wird beantragen dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung zu setzen und Gegenstrategien zu beschließen. Außerdem fordern wir vom

Unternehmen: Schluss mit der Unsicherheit: Der Personalstand und die Planungen müssen endlich offen gelegt werden!

Wieder Absageschichten !

Jetzt ist es offiziell: noch im Oktober wird es wieder vier Absageschichten geben! Viele Kollegen sind zu Recht sauer. Denn auch bei steigenden Konzernprofiten landen die Stunden wieder auf dem Flexkonto. Diese Stunden sollen teilweise am Wochenende abgearbeitet werden. Ohne Zuschläge! Noch vor zwei Wochen arbeiteten Kollegen zehn-Stunden-Schichten. Jetzt gibt es angeblich

wieder nicht genug Arbeit. Dieses Chaos bei der Planung geht voll zu Lasten der



Beschäftigten und ihrer Familien. Einige Kollegen haben schon mehr als 250 Stunden auf dem Flexkonto und es ist völlig unklar wann und wie sie wieder abgebaut werden können. Die ALTERNATIVE meint: Wenn der Konzern die Kollegen nach Hause schickt muss er auch die vollen Kosten tragen: Ein Nacharbeiten, sogar ohne Zuschläge, darf es nicht geben. Diese Regelung gehört abgeschafft!

„Alternative“ in Kassel

Das „Widerstandsbündnis Kassel“ lud die „Alternative“ Berlin zu einer Veranstaltung ein. Lutz Berger berichtete von der Arbeit im Daimler Werk Berlin. Anwesend waren auch Mitglieder der „Alternative“ Kassel und VW Kollegen. Es wurde über die Notwen-

digkeit diskutiert, die IG Metall wieder zu einer kämpferischen Interessenvertretung zu machen. Auch in Kassel machen die Kollegen leider die Erfahrung, dass ihnen dabei viele Steine in den Weg gelegt werden. Drei Kollegen haben einen Brief erhalten, in

denen ihnen ein Ausschlussverfahren aus der IG Metall angedroht wird. Die Teilnehmer der Veranstaltung waren sich einig: wir müssen uns bundesweit vernetzen. Statt Co-Management brauchen wir eine kämpferische IG Metall.

aus den bereichen

Wahlen der Schwerbehindertenvertreter

Am 9. November werden die drei Schwerbehindertenvertreter gewählt. Einer der Kandidaten ist Lutz Berger. Er meint: „*Auch für die Kollegen mit Behinderungen ist es wichtig, dass sie angemessene und sichere Arbeitsplätze bekommen. Dafür stehe ich: ehrlich und konsequent.*“



Bau 28

Die Arbeitsbedingungen im Bau 28 waren wegen Lärm und schlechter Luft über viele Jahre stark beeinträchtigt.

Die Beschwerden der Kollegen häuften sich. Die ALTERNATIVE im Betriebsrat stellt einen Antrag sich endlich um diese Probleme zu kümmern. Doch unser Antrag wurde abgelehnt. Danach sammelten die Kollegen Unterschriften. Fast alle unterschrieben. Der Protest hat sich gelohnt: Der Lärm wurde gemildert und jetzt wurde auch mit einer offiziellen Luftmessung begonnen. Das zeigt deutlich: Die ALTERNATIVE wirkt, auch in der Opposition.

Bau 22

Bisher wurden die Luftfilter im Bau alle zwei Monate gewechselt. Die Luft war dementsprechend. Nach zahlreichen Beschwerden von Kollegen lenkte das Unternehmen nun ein: Zukünftig wird der Filter alle zwei Wochen gewechselt. Damit das auch so bleibt meldet euch bei uns wenn der Wechsel mal ausbleibt.

Bau 40 / NLEB

Wenn ein Workshop zum Thema NLEB den Kollegen in den Abteilungen ein Ergebnis vorlegt tritt das nur in Kraft, wenn dem alle Kollegen zustimmen. Im Bau 40 sind viele Kollegen mit einer NLEB Vereinbarung unzufrieden und lehnen sie ab. Jetzt müsste die Vereinbarung an den Betriebsrat geschickt werden. Aber der zuständige **E4er Heidemann** hält sich nicht daran. Statt dessen setzt er Kollegen unter Druck damit sie zustimmen. Die ALTERNATIVE meint: So nicht, Herr Heidemann! Dadurch wird das Arbeitsklima weiter belastet.



Montage OM642

Ein Kollege hatte seine Stückzahl erreicht. 3 min. vor Arbeitschluss verließ er seinen Arbeitsplatz. Daraufhin wurde er von seinem Vorgesetzten massiv kritisiert und unter Druck gesetzt. Solche Vorgänge häufen sich in einzelnen Abteilungen. Alles um die Konzernprofite zu steigern. Wir meinen: Schluss mit den Schikanen, Vorgesetzte sollten regelmäßig von der Belegschaft anonym bewertet werden können. Wer nicht das Vertrauen der Kollegen hat, sollte ausgetauscht werden.

Daimler: Tschüss Meinungsfreiheit

Angestellte und Führungskräfte werden aufgefordert, die Verhaltensrichtlinie von Daimler als „gelesen und verstanden“ zu quittieren. Passiert dies nicht, folgen arbeitsrechtliche Maßnahmen bis hin zur Kündigung. Unter anderem heißt es in der Richtlinie: *„Jeder Beschäftigte hat das Recht zur freien Meinungsäußerung. Dennoch muss sichergestellt werden, dass sowohl Zeitpunkt, Rahmen und Inhalt jeder Aussage in der Öffentlichkeit mit den Interessen und Zielen des Unternehmens übereinstimmen und mit den zuständigen Vorgesetzten und dem Bereich Communications abgestimmt ist.“* Wo leben wir denn? Wie die Kollegen der Alternative in Untertürkei sind auch wir der Meinung: Diese Richtlinie ist ein Angriff auf demokratische Rechte. Das darf nicht hingenommen werden.



Die Alternative Betriebsräte sind jederzeit für euch da:

Mustafa Efe:
0160 – 86 07 991
Fehmiye Utku:
0160 – 86 07 997
Martin Franke:
0160 – 86 21 126
Hakan Göggöz:
0160 – 86 78 086
Waldemar Derda
0151 - 58616806

„Unglaubliche Brutalität“

Interview mit Michael Clauss, IGM-Betriebsrat Stuttgart Untertürkheim*



Seit Monaten gehen zig tausende in Stuttgart auf die Straße gegen Stuttgart 21. Auch ihr habt in eurer „alternative“ zum Protest aufgerufen – warum?

Während die Regierung den Sozialkutschlag fortsetzt und z.B. den Hartz IV-Empfängern gerade mal lächerliche 5 € mehr zugestehen will, sollen für das Stuttgart 21-Projekt nach aktuellen Schätzungen bis zu 14 Milliarden Euro vergraben werden.

Ministerpräsident Mappus und Kanzlerin Merkel sagen, es handle sich um demokratische Beschlüsse.

Die herrschenden Politiker setzen sich doch über jegliche demokratischen Grundrechte hinweg. Verträge mit der Bahn, die dem Staat gehört und privaten Bau-Unter-

nehmen sollen mehr zählen als die Meinung des Volkes. Ein Projekt, für das wir zahlen sollen, muss beendet werden, wenn die Mehrheit aufgrund neuer Erkenntnisse zum Schluss kommt, dass sie es nicht will.

Warum sind die meisten Großunternehmer für das Projekt?

Mit S21 sollen die Reichen reicher gemacht werden. Es geht um Profitinteressen. Zum Beispiel um die der Immobilienunternehmen, die auf die frei werdende Fläche scharf sind. Es ist unglaublich, wie die Po-

litiker mit aller Macht gegen die Bevölkerung vorgehen. Die Polizei ging auf Weisung des Innenministers brutal gegen die angemeldete Schüler-Demonstration vor, und versucht sich nun rauszureden. Fakt ist, dass die Wasserwerfer und Sonderkommandos vor Eintreffen der Schüler im Schlossgarten aufgefahren waren. Wer sich so bewaffnet bringt die Gewalt in die Auseinandersetzung und nicht die friedlichen Demonstranten. **Diese Regierung sollte umgehend abtreten.**

*Angabe dient nur zur Kenntlichmachung der Person



Für die Interessen der Reichen-Polizeinsatz in Stuttgart

Ausschlüsse vorerst abgewehrt!

Erster Teilerfolg für die ALTERNATIVE: Der Versuch, kritische IG Metalller aus der Gewerkschaft zu werfen ist vorerst gescheitert! Dem Antrag von Harald Lauschus und Willi König, dass Mustafa Efe, Fehmiye Utku und Martin Franke ausgeschlossen werden sollen folgte der Ortsvorstand nicht. Diesen Erfolg verdanken wir unzähligen Protestbriefen und Solidaritätserklärungen von vielen Gewerkschaftlern aus ganz Deutschland. Diesen Erfolg verdanken wir auch der Tatsache, dass viele Daimler Kollegen aus Marienfelde mit diesem skandalösen Vorgehen nicht einverstanden waren. So kamen über

150 Metalller, darunter 50 Marienfelder Kollegen, zur Protestkundgebung vor dem IG Metall Haus am 1. Juli. **Dafür vielen Dank!**

Aber uns drohen andere Sanktionen: Der Ortsvorstand empfiehlt, dass Mustafa, Fehmiye und Martin für zwei Jahre keine gewerkschaftlichen Funktionen, zum Beispiel als Vertrauensleute übernehmen dürfen und 15 weitere Kollegen, die für die Alternative kandidierten eine Rüge erhalten sollen. Damit werden wir uns nicht abfinden! Die drei Kollegen wurden von den Beschäftigten als Delegierte für die Berliner IG Metall Delegiertenversamm-

lung gewählt. Diese Funktionen könnten sie verlieren und es wäre nicht möglich sie wieder zu wählen wenn das Funktionsverbot kommt. Im Falle der „fairen Basis“ empfiehlt der Ortsvorstand den Ausschluss. Endgültig entscheiden wird aber der Vorstand in Frankfurt. Unser Vorschlag: Wir brauchen schnellstmöglich eine Versammlung aller IG Metall Mitglieder bei uns im Werk! Dort können wir offen und demokratisch darüber diskutieren für welche Gewerkschaftspolitik die Kollegen stehen und ob Sanktionen gegen Kritiker der richtige Weg zur Stärkung unserer Gewerkschaft ist.